



STADT  
ASCHAFFENBURG

DIE KULTURSTADT

# 100 Jahre Revolution in Bayern und Aschaffenburg

Kurt Eisner, der Freistaat und die Räterepublik

Dokumentation der Ausstellung im Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, 2018



STADT- UND STIFTSARCHIV ASCHAFFENBURG

Wernbachstr. 15 · 63739 Aschaffenburg · T 06021-4561050  
stadtarchiv@aschaffenburg.de

[www.archiv-aschaffenburg.de](http://www.archiv-aschaffenburg.de)



# 100 Jahre Revolution in Bayern und Aschaffenburg

Kurt Eisner, der Freistaat und die Räterepublik

Das Jahr 2018 steht in Bayern im Zeichen des landesgeschichtlichen Doppeljubiläums 1818 und 1918: 100 Jahre Freistaat und 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern.

Der Begriff „Freistaat“ ist unmittelbar verbunden mit der Person von Kurt Eisner (1867-1919), erster bayerischer Ministerpräsident nach Abschaffung der Monarchie.

Die bayerische Revolution von 1918/1919 ist als wichtiges Ereignis der jüngeren Landesgeschichte anerkannt. Die Ausstellung nimmt zentrale Etappen, Themen und Personen rund um die Ausrufung des Freistaats Bayern am Ende des Ersten Weltkriegs, die unblutige Revolution Eisners sowie die nach seinem gewaltsamen Tod ausgerufenen Räterepubliken in den Blick. Ergänzt wird das Spektrum um die Präsentation der regionalen Geschehnisse in Aschaffenburg bzw. Unterfranken.

**Revolution!**



„Der Kaiser reitet in's Feld“, 1915

Wohlfahrts-Ausschuß der K. Haupt- und Residenzstadt München (Fürsorge für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer), Entwurf: Walter Ditz, Archiv der Münchner Arbeiterbewegung

# Ein Weltkrieg wird entfacht

August 1914

„Der nächste Krieg wird von einer Furchtbarkeit sein, wie noch keiner seiner Vorgänger.“

*Bertha von Suttner (1843 – 1914), österreichische Pazifistin und Friedensnobelpreisträgerin 1905*

Am 28. Juni 1914 wurden der Thronfolger Österreich-Ungarns, Erzherzog Franz Ferdinand, und seine Frau Sophie, Herzogin von Hohenberg, bei einem Besuch in Sarajevo von Anhängern der serbisch-nationalistischen Bewegung ermordet. Das löste die sogenannte Julikrise aus, die in gegenseitige Kriegserklärungen mündete:

Am 23. Juli richtete die Donaumonarchie ein Ultimatum an Serbien, das - anders als von Wien und Berlin erwartet - von Belgrad fast vollständig akzeptiert wurde.

Trotzdem erklärte die Wiener Regierung am 28. Juli dem Königreich Serbien den Krieg. Dessen Schutzmacht Russland beschloss daraufhin am 30. Juli die Mobilisierung seiner Armee.

Am 31. Juli folgte die Mobilmachung in Österreich, am 1. August in Deutschland und Frankreich. Da Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg dem Bündnispartner Österreich-Ungarn uneingeschränkte Unterstützung zugesichert hatten, wurde dem zaristischen Russland am 1. August und am 3. August Frankreich der Krieg erklärt.

Am 2. August besetzten deutsche Truppen Luxemburg und marschierten am 4. August in Belgien ein. Die Verletzung der Neutralität Belgiens führte zur umgehenden Kriegserklärung Englands an Deutschland.

Das Deutsche Kaiserreich sah sich von der Triple-Entente der Großmächte Russland, Frankreich und Großbritannien als Weltmacht eingeschränkt.

Deshalb hatte 1905 der Generalstab den „Schlieffen-Plan“ entwickelt, der einen Überraschungsangriff auf Frankreich durch das Gebiet des neutralen Belgiens vorsah, um danach die militärische Kraft gegen Russland zu wenden. Durch die beiden Marokko-Krisen (1905 und 1911) war das Deutsche Reich außenpolitisch isoliert worden und musste schließlich seinen letzten verbliebenen Verbündeten, Österreich-Ungarn, unterstützen.



Ein Kampfschauplatz an der Westfront während eines Gasangriffs, Flandern 1917 / 18

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, Abt. IV.

# Der Burgfrieden

Alle Parteien des Reichstags stimmten für Kriegskredite

Im Ersten Weltkrieg standen 70 Millionen Menschen in Europa, im Nahen Osten, in Afrika und Ostasien unter Waffen. Zum Kriegsende 1918 zählten die Statistiker 15 Millionen Tote, davon 9,5 Millionen Soldaten, 20 Millionen Schwerverwundete, acht Millionen Kriegsinvalide und ebenso viele Gefangene. Bereits Ende Dezember 1914 waren 200.000 Soldaten der Königlich Bayerischen Armee gefallen. Die Ansicht der militärischen Führung und auch der Bevölkerung, dass der Krieg kurz vor Weihnachten beendet sein würde, bewahrheitete sich nicht.

Das Deutsche Reich finanzierte die Kosten des Ersten Weltkrieges weitgehend über die neun direkt von der Bevölkerung gezeichneten Kriegsanleihen, die insgesamt rund 97 Milliarden Mark erbrachten.

Noch kurz vor Kriegsausbruch rief die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in Berlin zu Anti-Kriegs-Demonstrationen auf, an denen mehr als 100.000 Menschen teilnahmen.

Am 3. August entschied sich die Mehrheit der SPD-Reichstagsabgeordneten für die Bewilligung der Kriegskredite; am 4. August stimmte die Fraktion diesen geschlossen zu.

In der städtischen Arbeiterschaft und bei den Bauern herrschte kein patriotischer Überschwang, sondern Angst. Wer sollte die Familie ernähren? Euphorische Kriegsbegeisterung erfasste vor allem junge Intellektuelle:

„Wir schriegen Freiheit, als wir uns in die Zwangsjacke der preußischen Uniform stürzten... dem heimkehrenden Volksheer werde Berlin das freie, allgemeine und geheime Wahlrecht nicht verwehren können. Noch mehr Freiheit konnten wir uns nicht ausdenken.“ So schrieb Carl Zuckmayer in seinen Lebenserinnerungen, „Als wär's ein Stück von mir“, 1966.



Plakat „Helft uns siegen“, 1917

Münchner Stadtmuseum, Sammlung Grafik, Plakat, Gemälde



**Karl Liebknecht**  
Library of Congress, cph.3c35384

**Anstehen um Eier vor der Schrammshalle, 1916**  
Fotografie von Georg Pettenhofer, Stadtarchiv München

# Kein Brot ohne Frieden

An der Frage, ob Deutschland einen Verteidigungs- oder Angriffskrieg führt, und der Bewilligung von Kriegskrediten zerbrach die Einheit der Sozialdemokraten.

Am 2. Dezember 1914 stimmte der SPD-Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht als erster offen gegen weitere Kriegskredite: „Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt.“

Am 1. Mai 1916 begann Karl Liebknecht seine Rede auf einer Anti-Kriegs-Kundgebung mit den Worten „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Er wurde wegen Hochverrats verhaftet. Am ersten Prozesstag kam es zu einem spontanen Solidaritätsstreik gegen die Kriegspolitik und den Burgfrieden, an dem sich über 50.000 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten.

Im Dezember 1915 stellten sich bereits 18 SPD-Abgeordnete gegen den Burgfrieden. 1916 wurde die Anti-Kriegs-Opposition aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossen.

Im April 1917 gründete sich in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) – als Partei der Kriegsgegnerinnen und -gegner. Der kriegsbejahende Flügel der SPD firmierte fortan als Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschland (MSPD) mit Friedrich Ebert als Parteivorsitzendem.

Wenige Monate nach der Gründung hatte die USPD etwa 120.000 Mitglieder. Ganze SPD-Bezirke waren geschlossen übergetreten. Die Militärbehörden ordneten Zensur, Rede-, Versammlungs- und Zeitungsverbote sowie gezielte Einberufungen führender Funktionäre an.



**Aufkleber der USPD, um 1920**  
**Aufruf zur Mitgliederwerbung.**  
www.geschichtsdokumente.de

# Kein Frieden ohne Revolution

Die Parole „Brot und Frieden“ der Oktoberrevolution 1917 und die Forderung des Petrograder Sowjets „Friede ohne Annexionen und Kontributionen“ hatte in allen Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung Zustimmung gefunden.

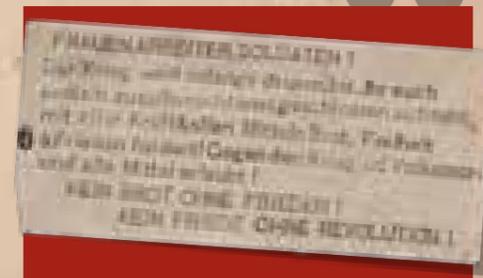
Es waren die Frauen und Jugendlichen, die in den Hungerrevolten voller Wut den Rathäusern die Fenster einwarfen. Schon im März 1915 hatte eine Frauendemonstration vor dem Reichstag Frieden gefordert und in München kursierten anonyme Flugblätter: „Von Frauen an Frauen! Wir wollen nicht mehr länger zusehen, wie man unsere Männer und Söhne hinschlachtet. Wir wollen Frieden! Frieden für alle!“

*Nach: Christiane Sternsdorf-Hauck, Brotmarken und rote Fahnen, Frauen in der bayrischen Revolution und Räterepublik 1918/19*

Am 28. Januar 1918 begann der bis dahin größte politische Streik in Deutschland, der, ausgehend von Berlin, auch auf andere Industriezentren übergriff.

**Mann der Arbeit, aufgewacht!**  
**Und erkenne deine Macht!**  
**Alle Räder stehen still!**  
**Wenn dein starker Arm es will!**  
**Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!**  
**Hoch der Massenstreik!**

*So stand es auf dem Flugblatt der Berliner Betriebs-Vertrauensleute im Januar 1918.*



**Anonymes Flugblatt**  
Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. IV, Stv.Gen.Kdo.I.A.K.

In bayerischen Rüstungsbetrieben kam es ebenfalls, wenn auch mit etwas Verzögerung, zu Massenstreiks. In München wurde am 31. Januar der Münchner USPD-Vorsitzende Kurt Eisner mit vielen seiner jungen Parteigenossen und -genossinnen verhaftet, nachdem er zu Streikenden gesprochen hatte. Dass der im März 1918 mit Russland geschlossene Diktatfrieden von Brest-Litowsk nur dazu diente, alle Heereskräfte an der Westfront in eine letzte Offensive zu schicken, führte zu weiterer Verbitterung und Aufruhr.



**Novemberrevolution am 9.11.1918 in Berlin: Revolutionäre Matrosen und Soldaten fahren durch das Brandenburger Tor.**  
Bundesarchiv / Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild 183 / CC-BY-SA 3.0 DE

## Es lebe die Revolution!

Millionen tote Soldaten und Zivilisten, zerschossen, zerbombt, durch Giftgas getötet, verhungert. Der Krieg war verloren.

Als Ende Oktober 1918 die deutsche Admiralität trotzdem Order gab, gegen die überlegene britische Flotte auszulaufen, verweigerten die Matrosen der in Kiel und Wilhelmshaven liegenden Verbände den Gehorsam, entwaffneten ihre Vorgesetzten und übernahmen in den Küstenstädten die Befehlsgewalt.

Tags darauf traten die Werftarbeiter in einen Solidaritätsstreik. Der vielstimmig aufgenommene Ruf „Es lebe die Revolution“ flutete über das Land und die Städte.



**Matrosen an Deck des Linienschiffs Prinzregent Luitpold**

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-J0908-0600-002 / CC-BY-SA -3.0 DE

Mit dem Aufstand der Matrosen und Arbeiter am 3. November 1918 in Kiel beginnt die Novemberrevolution. Am 6. November greift die revolutionäre Bewegung auf Wilhelmshaven über.

Am 7. November hatte die Revolution München erreicht, am 9. November die Hauptstadt Berlin: Die Menschen zogen zu Tausenden aus den Außenbezirken ins Zentrum. Soldaten schlossen sich an.

Unter dem Druck der Straße ließ Reichskanzler Prinz Max von Baden noch am selben Tag den Rücktritt Wilhelms II. vom kaiserlichen und königlich preußischen Thron verkünden.

Er übertrug das Reichskanzleramt dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert. Gemeinsam mit zwei anderen Sozialdemokraten sowie drei Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokraten bildete dieser daraufhin den »Rat der Volksbeauftragten« – die neue Regierung.

Mit der Revolution war die jahrhundertealte monarchistische Ordnung endgültig abgeschafft. Nicht nur der Kaiser, sondern alle 22 deutschen Könige und Fürsten waren entmachtet. Deutschland wurde Republik. Ein Waffenstillstand beendete den Ersten Weltkrieg.



**Friedenskundgebung der sozialistischen Parteien Münchens am Nachmittag des 7. November 1918 auf der Theresienwiese**  
Franz Xaver Hartl, Bildpostkarte, Münchner Stadtmuseum, Sammlung Fotografie

## 100 Jahre Freistaat Bayern

### 100 Jahre Revolution in Bayern

Donnerstag, 7. November 1918

Die USP (Unabhängige Sozialdemokratische Partei) hatte für den 7. November eine Friedenskundgebung auf der Theresienwiese beschlossen und – um die gesamte Münchner Arbeiterschaft dafür zu gewinnen – auf dem Wege über die Gewerkschaften erreicht, daß die Kundgebung gemeinsam von SPD und USP veranstaltet wurde.

Von 1 Uhr mittags ab standen alle Betriebe still.

Zwischen 2 und 3 Uhr strömten die Massen in unübersehbaren Zügen zur Theresienwiese. Ganz München war auf den Beinen. Mitten unter einer Gruppe Feldgrauer sah man eine große, weiße Tafel mit der Aufschrift:

## Es lebe die Revolution!

Plötzlich hebt ein Soldat eine wallende rote Fahne hoch über die Köpfe und ruft in die Menge: „Alle Soldaten zu Kurt Eisner!“ Weit über hunderttausend Hände heben sich für die Forderungen der Münchner Arbeiter. Dann zieht Auer mit einem Teil der Demonstranten durch die Stadt.

Am Friedensengel folgt noch eine kurze Ansprache. Aber dort, wo auf der Wiese die Soldaten standen, war nicht alles so programmäßig verlaufen. Drei Redner sprachen: Zuerst Kurt Eisner, kurz und bündig. Es sei jahrelang geredet worden, man müsse jetzt handeln!

Der Bauernführer Gandorfer verspricht, daß das Landvolk die Arbeiter nicht im Stiche lassen werde. Dann trete ich vor in Uniform: „Soldaten! Auf in die Kasernen! Befreien wir unsere Kameraden! Es lebe die Revolution!“

Felix Fechenbach, Der Revolutionär Kurt Eisner. Aus eigenen Erinnerungen, Berlin 1929



Jubelnde Soldaten vor dem Mathäserbräu am 8. November 1918

Bayerische Staatsbibliothek, Bildarchiv Hoffmann



Jubelnde Soldaten vor dem Mathäserbräu am 8. November 1918

Bayerische Staatsbibliothek, Bildarchiv Hoffmann 5123



„Proklamation. Volksgenossen!“  
Flugblatt, 7. auf 8. November 1918

Münchner Stadtmuseum, Sammlung Graphik, Plakat, Gemälde

# Bayern wird Republik

Donnerstag, 7. November 1918



Schutzwache vor dem Arbeiter- und Soldatenrat, Prannerstraße, Nov. 1918

Filmstill, Münchner Stadtmuseum, Filmmuseum

Um 9 Uhr abends waren alle Kasernen in der Hand der Arbeiter und Soldaten. Kurt Eisner, der mit dem blinden Bauernführer Gandorfer am Arm den Kasernensturm geführt und da und dort Ansprachen gehalten hatte, zog am späten Abend zum Saal des Mathäserbräu. Dort wurde der Arbeiter- und Soldatenrat gewählt.

Um 10 Uhr waren alle Ministerien, das Generalkommando, Bahnhof, Post- und Telegrafenamts in der Hand der Revolutionäre.

Dann marschierte der Arbeiter- und Soldatenrat, begleitet von sechzig Bewaffneten, zum Landtagsgebäude, das ohne Widerstand übergeben wurde.

Um 10.30 Uhr abends eröffnete Kurt Eisner die vorläufige konstituierende Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte.

Kurt Eisner wurde zum ersten, Hans Unterleitner zum zweiten Vorsitzenden der Räte gewählt.

Felix Fechenbach, Der Revolutionär Kurt Eisner. Aus eigenen Erinnerungen, Berlin 1929

# Bayern ist ein Freistaat!

Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt!

Freitag, 8. November 1918

Am Morgen des 8. November lasen die Münchner: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt! Bayern ist fortan ein Freistaat!“ Im Sitzungssaal des Landtags trat am Nachmittag der Provisorische Nationalrat des Volksstaates Bayern zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Er bestand aus den Mitgliedern des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates, den Fraktionen der sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes aus dem alten Landtag und einigen freisinnigen Abgeordneten.

Dem neuen Ministerium, das in dieser Sitzung gewählt wurde, und dessen Präsidium Eisner übernahm, gehörten an: die Sozialdemokraten Johannes Hoffmann (Unterricht), Roßhaupter (militärische Angelegenheiten), Auer (Inneres), Timm (Justiz), der unabhängige Sozialdemokrat Unterleitner (Soziales) und die beiden bürgerlichen Fachminister Frauendorfer (Verkehr) und Professor Jaffé (Finanzen).

Samstag, 9. November 1918

Am 9. November verließen die durch die Revolution gestürzten königlichen Minister ihre Amtsräume. Mit Kurt Eisner ging ich als sein Sekretär ins Ministerium des Äußeren, mit dem das Ministerpräsidium verbunden war. Vom Turm der Frauenkirche wehte die rote Fahne.

Felix Fechenbach, Der Revolutionär Kurt Eisner. Aus eigenen Erinnerungen, Berlin 1929



#### Kurt Eisner

Die Aufnahme muss kurz vor dem 31. Januar 1918 entstanden sein, dem Tag von Eisners Inhaftierung wegen seiner führenden Beteiligung am Münchner Januarstreik  
Fotografie von Germaine Krull, Münchner Stadtmuseum, Sammlung Grafik, Plakat, Gemälde

# Kurt Eisner

**Dienstag, 5. November 1918**

Am 5. November war in München die Erhebung der Kieler Matrosen bekannt geworden. An diesem Abend sollte eine Wahlveranstaltung im Hackerkeller stattfinden. Der Saal erwies sich aber als viel zu klein, man zog deshalb auf die nahe Theresienwiese.

Als Eisner, der in der Versammlung sprechen sollte, in den Saal kam, waren auf den Tischen nur noch leere Gläser. Eisner ging nun auf die Suche nach seiner Wählerversammlung. Die Theresienwiese war stockdunkel. Bei der Bavaria entdeckte er eine große dunkle Masse. Es waren an die Zwanzigtausend.

Eisner mahnte zur Geduld: "Nur noch kurze Zeit. Aber ich setze meinen Kopf zum Pfande, ehe 48 Stunden verstreichen, steht München auf!"

*Felix Fechenbach, Der Revolutionär Kurt Eisner. Aus eigenen Erinnerungen, Berlin 1929*

Kurt Eisner wurde in der Nacht zum 8. November durch einen maßgeblich aus Arbeiter- und Soldatenräten gebildeten provisorischen Nationalrat zum ersten Ministerpräsidenten der neuen bayerischen Republik gewählt. Der Provisorische Nationalrat als gesetzgebende Versammlung und die Regierung Eisner nahmen unmittelbar die Arbeit auf.

#### Kurt Eisner, 1910

Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

„ Die Revolution  
ist keine Demokratie.  
Sie will sie erst schaffen.

*Kurt Eisner, Rede im Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, 25. November 1918*

Sozialismus ist nur ein Wort und Sozialismus, das Wort, erfüllt man mit Leben, indem man es verwirklicht; wie auch Demokratie nicht dekretiert werden kann von oben, wie die Freiheit nur in sich selbst und aus sich selbst reift.

Wir haben es immer abgelehnt einen Zukunftsstaat auszumalen:  
Einen Zukunftsstaat prophezeit man nicht, sondern man schafft ihn.

*Kurt Eisner, Wahlrede vor den Unabhängigen, 12. Dezember 1918*

**Kurt Eisner**



**Die Familie Eisner und Verwandte, Kurt Eisner am rechten Bildrand, vermutlich zweite Hälfte der 1880er Jahre**

Stehend v.l.n.: Margarethe, Tochter von Ignaz Eisner mit Michael Caine, Hedwig Eisner, Ehefrau von Emanuel Eisner, Mutter von Martha und Kurt, Ignaz Eisner, Bruder von Emanuel Eisner und Ehefrau. Sitzend von links nach rechts: Ernst, Sohn von Ignaz Eisner, Emanuel Eisner mit Tochter Martha und Sohn Kurt. Privatbesitz Familie Eisner



**Kurt Eisner mit seiner ersten Ehefrau Lisbeth, geb. Hendrich, um 1893**

Bundesarchiv Berlin, Y10\_P\_280\_210\_91

## Jugendjahre in Berlin



**Kurt Eisner als junger Mann am 20. September 1883**

Bundesarchiv, Berlin

Kurt Eisner wurde am 14. Mai 1867 in Berlin geboren - „im Centrum asphaltierter Cultur in der Großen Friedrichstraße.“ Im selben Jahr hatte Reichskanzler Otto von Bismarck über den Norddeutschen Bund Preußens Vormachtstellung durchgesetzt und erreichte nach drei siegreichen Kriegen mit der Reichsgründung am 18.1.1871 sein Ziel eines geeinten deutschen Nationalstaats in der Mitte Europas.

Die Familie Eisner gehörte zum jüdischen Bürgertum der Stadt. Sein Vater Emanuel war Militäreffektenfabrikant und seine Mutter Hedwig die Tochter eines Berliner Kaufmanns. Das vom Vater und Onkel mit Fleiß aufgebaute Hoflieferantengeschäft geriet in finanzielle Schieflage und musste verkauft werden.

Kurt Eisners Erziehung ruhte auf klassisch bürgerlichen Werten wie humanistischer Bildung und Tugenden wie Pflichtbewusstsein. Als der „junge Bourgeois“ 1886 seine Reifeprüfung am renommierten Askanischen Gymnasium ablegte, hielt er, wie er später schrieb, die von der Regierung politisch unterdrückte, organisierte Arbeiterschaft noch „für eine Horde wilder Verbrecher.“

An der Berliner Universität hörte Eisner dann Vorlesungen in Philosophie und Pädagogik bei Friedrich Paulsen, der ihn mit dem großen deutschen Aufklärer Immanuel Kant vertraut machte. Dessen praktische Philosophie, die die Frage nach dem guten Handeln zum Gegenstand hatte, prägte Eisner sein gesamtes Leben. Doch eine akademische Laufbahn blieb ihm verwehrt.

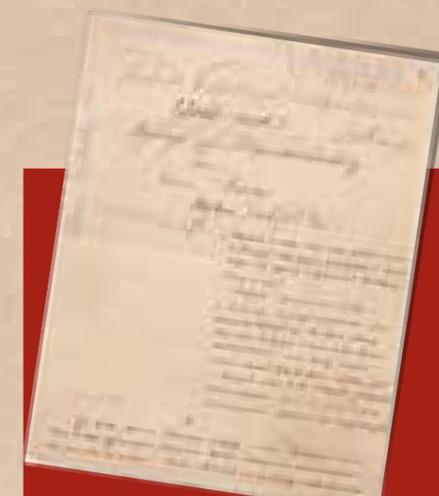
## Tagelöhner des Geistes

Sein Studium musste Kurt Eisner aus finanziellen Gründen abbrechen, und seine Doktorarbeit über Achim von Arnim blieb unvollendet. Stattdessen entschied er sich für den Brotberuf des Journalisten und trat 1890 in das Depeschensbüro ‚Herold‘ in Berlin ein. Die ausschließlich auf Aktualität ausgerichtete telegrafische Berichterstattung entsprach weder seinem Selbstverständnis noch seinen Fähigkeiten.

Mit seiner 1891 zunächst in der Monatsschrift ‚Die Gesellschaft‘ veröffentlichten Schrift ‚Psychopathia spiritualis. Friedrich Nietzsche und die Apostel der Zukunft‘ lieferte Eisner eine kritische und pointierte Bestandsaufnahme des von Kulturpessimismus befallenen Bildungsbürgertums und setzte dieser Religion der mitleidlosen Härte sein „Werdet weich!“ entgegen. Der sozialdemokratische Publizist Franz Mehring urteilte daraufhin in der marxistischen Wochenschrift ‚Die neue Zeit‘: Eisner ist erst auf dem halben Weg zum Sozialismus. Seine ersten Berufserfahrungen fielen ernüchternd aus.

„Geknebelt ist sie (die Presse) durch Publikum, Partei, Kapital, Regierung. Der Redakteur ist der Sklave dieser Gewalten und seine Mitarbeiter sind die Untersklaven.“

Im Herbst 1891 wechselte er zur renommierten ‚Frankfurter Zeitung‘ als Nachrichten- und Umbruchredakteur. Nach der Aufforderung, seine literarischen Nebentätigkeiten zu unterlassen, kündigte er zum April 1893. Ohne eine Stellung in Aussicht, zog er mit seiner Frau Elisabeth (Lisbeth) Henrich zu den Schwiegereltern nach Eberswalde, um das Leben mit kleineren literarischen Arbeiten zu bestreiten. Elisabeth Henrich und Kurt Eisner hatten sich im Studium kennengelernt.



**Erste Seite eines Manuskriptes von Eisner**

Beiträge zur Götzendämmerung, 1891  
Bundesarchiv Berlin, Bestand NY4060



**Kurt Eisner, 1890er Jahre**

Reproduktion aus: Kurt Eisner, Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, 1996, hg. von der Enkelin Freya Eisner. Das Foto stammt aus ihrem Privatarchiv.



**Der Sozialdemokrat. Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge**

Nr. 10, Sondernummer mit der vorläufigen Meldung des Wahlerfolges der Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf, London, 8 März 1890  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

# Marburger Jahre

von 1893 bis 1898



**Hans Christiansen. Die Kritik, 1896**

Wikimedia Commons, Abb.: JI-Elle

Im Mai 1893 folgte Kurt Eisner der Bitte des „Vereins zur Bekämpfung des Antisemitismus“, den Redakteur des ‚General-Anzeiger für Marburg und Umgegend‘, Paul Bader, im Reichstagswahlkampf gegen den Gründer und Kandidaten der Antisemitischen Volkspartei, Otto Böckel, publizistisch zu unterstützen. Eisner kommentierte hellsehtig die antisemitische Demagogie. Er sah, dass Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen die Schuld für die Weltwirtschaftskrise 1873 den Juden zuschoben.

*„Der Mittelstand wird von der steten Furcht verfolgt, zu verlieren... Er ist unzufrieden, aber in dieser Unzufriedenheit gänzlich thatlos, für die Sozialdemokratie ist er nicht zu haben; denn, ob er auch nichts hat, so fürchtet er doch im Zukunftsstaat sein Letztes noch zu verlieren. Lieber läuft er den Charlatans nach, die ihm den Schwindel fortzubringen versprechen und dessen Incarnation: den Juden.“*

Aus dem Zeitschriftenartikel: Die Tragödie des Mittelstandes, 1894

Kurt Eisner fühlte sich wohl in Marburg. 1894 bot ihm die ‚Hessische Landeszeitung‘, Nachfolgerin des ‚Anzeigers‘, eine Stelle als politischer Redakteur an, und so holte er seine Frau nach. Zwischen 1893 und 1897 kamen ein Sohn und zwei Töchter zur Welt. Er hörte Vorlesungen bei Hermann Cohen, dem Mitbegründer der Marburger Schule des Neukantianismus, die auf die ungelösten sozialen Probleme der Zeit Antwort geben wollte. Hier wurzelte Eisners Idee für einen ‚Ethischen Sozialismus‘. Eisner schrieb auch für andere Zeitschriften. Wegen eines Leitartikels in der ‚Kritik‘ wurde er 1897 zu neun Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurteilt, die er in Berlin Plötzensee absaß.

# Sozialdemokratie

zwischen Illegalität und Parlamentarismus

Für Reichskanzler Otto von Bismarck waren die Sozialdemokraten „Reichsfeinde“. Er nutzte 1878 die Attentate auf Kaiser Wilhelm I., um das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ im Reichstag durchzusetzen.

Das Sozialistengesetz verbot alle sozialdemokratischen Wahl-, Konsum-, Bildungs- und Sportvereine. Parteimitglieder wurden bespitzelt, verhaftet und aus ihren Gemeinden ausgewiesen. Die Ziele der 1875 in Gotha gegründeten „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP) konnten öffentlich nur noch durch Mitglieder der Reichstagsfraktion vertreten werden. Trotzdem setzte sie die soziale Frage, den Ruf nach allgemeinen Wahlen, nach Presse- und Versammlungsfreiheit erfolgreich auf die politische Agenda.

In der Wahl 1890 wurde die SAP mit 1,4 Millionen Stimmen stärkste Partei. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes konstituierte sich 1890 die Organisation als „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) neu. Da der Journalist Kurt Eisner sich der Idee einer gerechten Gesellschaft verpflichtet sah, schrieb er 1896: „Wir müssen uns zur Sozialdemokratie flüchten, selbst wenn wir ihre wirtschaftlichen und taktischen Grundanschauungen nicht teilen. Sie ist die einzige ‚Flucht aller Idealisten, um sie kreisen die Sympathien der Gesund-Geliebten.“ Der 1876 erstmals herausgegebene ‚Vorwärts – Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschland‘ wurde 1878 wie alle anderen Parteizeitungen verboten. Ab 1879 erschien er zunächst in Zürich, dann in London unter dem Titel ‚Der Sozialdemokrat‘. Das Blatt wurde illegal nach Deutschland gebracht und 1891 ‚Vorwärts – Berliner Volkszeitung, Central-Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands‘ neu gegründet.



**Plakat zum Fall des Sozialistengesetzes**

Lithografie, 1890, Museum der Stadt Rüsselsheim



„Parteitag München 1902“. Delegierte auf dem Parteitag der SPD vom 14. bis 20.9.1902. Kurt Eisner, dritte Reihe rechts  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Kurt Eisner (sitzend mit erhobenem Arm) auf der Rednertribüne einer SPD-Veranstaltung, Dessau 1910  
Bundesarchiv Berlin, Y10\_P\_280\_206\_91

## Sozialdemokrat mit geschichtlicher Mission

Kurt Eisner folgte dem Ruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und trat im Dezember 1898 in die SPD ein. Einer der Gründerväter der Arbeiterpartei, Wilhelm Liebknecht, hatte den gesellschaftskritischen Journalisten nach Ablauf seiner Haft zum Zentralorgan ‚Vorwärts‘ nach Berlin geholt:

*„Das ist eine scharfe Klinge, die wir da gewonnen haben, und die hoffentlich auch manchen Kopf abschlägt. Möglich, daß es uns endlich gelingt, das Blatt journalistisch zu heben.“*

Als sein Mentor Liebknecht 1900 starb, wurde Eisner im Redaktions-Kollektiv zum geistigen Mittelpunkt. Er sah Kritik als wirklichkeitsverändernde Macht und wollte gesellschaftliche Debatten anstoßen. Im Revisionismusstreit, einer theoretischen Auseinandersetzung um die Auslegung des Marxismus innerhalb der Sozialdemokratie und darüber, ob Veränderungen durch Revolution oder Reformen zu erreichen seien, der auch in der Parteizeitung ausgetragen wurde, kritisierte er sowohl den marxistischen Flügel um den Parteivorsitzenden August Bebel als auch die Reformer um Eduard Bernstein. Für ihn bedeutete die politische Neuausrichtung der organisierten Arbeiterbewegung beides: Eine konstruktiv im Parlament arbeitende Oppositionsmacht und eine Kraft, die aktiv die Veränderung der politischen Verhältnisse vorantrieb. Seine undogmatische Position provozierte die Genossen und sie verspotteten ihn als „schöngestigen Phantasten“.

Als ihm ein Verstoß gegen die Parteidisziplin vorgeworfen wurde, verließ Eisner 1905 zusammen mit anderen Redakteuren die Tageszeitung. Nach Eisners Überzeugung war die sozialdemokratische Presse „die freieste der Welt“, denn ihr ging es nicht um Profit: Sie werde, so sein Credo, „von selbst, über die eigentliche proletarische Organisation hinaus, zum natürlichen Organ für alle, die unter der kapitalistischen Gesellschaft leiden, für alle Unterdrückten, Vergewaltigten und nicht zuletzt für alle – Idealisten.“ Sie habe eine geschichtliche Mission.

## Volksbildner und Versammlungsredner

Nach dem Ausscheiden aus dem ‚Vorwärts‘ arbeitete Kurt Eisner eineinhalb Jahre als freier Schriftsteller. In dieser Zeit erschienen die zweite Auflage seiner Liebknecht-Biografie ‚Der Sultan des Weltkrieges - Ein marokkanisches Sittenbild deutscher Diplomaten-Politik‘ und ‚Ende des Reichs – Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution‘.

1907 übernahm er die Redaktionsleitung der ‚Fränkischen Tagespost‘ in Nürnberg und zog mit seiner Familie - in Großlichterfelde waren eine weitere Tochter und ein zweiter Sohn zur Welt gekommen - nach Bayern. Er versuchte als ausgewiesener Kritiker der Hochrüstung des Deutschen Kaiserreichs, das Nürnberger Parteiblatt zu einem „Organ weltpolitischer Aufklärung“ umzugestalten. Doch gegen die „Nürnberger diplomatische Weltpolitikasterei und Kriegsprophetie“ formierte sich Widerstand in der Partei.

Oberster Grundsatz sozialdemokratischer Taktik bestand für Eisner in der „Revolutionierung der Köpfe“ derer, „die nichts besitzen als ihre körperliche und geistige Arbeitskraft.“ Deshalb engagierte er sich im Nürnberger Bildungsausschuss und gab die Tagespost-Beilagen ‚Der Volksbildner‘ und ‚Die Furche‘ heraus – ein derartiger Beitrag zur regionalen Bildungsarbeit war neu.

Der talentierte Redner suchte den direkten Kontakt zur Bevölkerung und sprach auf öffentlichen Versammlungen über die politische Lage. Um seiner Stimme in der SPD mehr Nachdruck zu verleihen, bewarb er sich erstmals um ein Mandat. 1909 stimmte die Arbeiterschaft des Wahlkreises Dessau einstimmig für seine Reichstagskandidatur.

Die Trennung von seiner Frau und die außereheliche Beziehung mit seiner neuen Lebensgefährtin Else Belli wirkten rufschädigend auf seine politischen Pläne und seine Stellung. Er war gezwungen, beides aufzugeben.



Adolf Müller, der Chefredakteur der ‚Münchner Post‘ (li.), und Kurt Eisner beim Verlassen des Bayerischen Landtags, 1913/14  
Bundesarchiv Berlin, Y10\_P\_280\_209\_91



„Militärs und Zivilisten an den erbeuteten französischen Geschützen“, 24. August 1914  
Münchner Stadtmuseum, Bildpostkarte, Sammlung Graphik, Plakat, Gemälde

## Ankunft in München

Als Kurt Eisner 1910 endgültig nach München umsiedelte, arbeitete er seit zwei Jahrzehnten als Schriftsteller und politischer Journalist.

Vergeblich hatte er versucht, seiner Auffassung eines Sozialismus, als „einheitlich gedachtes System der Aktion“, dass keiner „Gegenwartsarbeit aus dem Weg geht, dass aber auch kein Mittel verschmäht, weder den Kompromiss, noch die Revolution“, Geltung zu verschaffen.

Jetzt konzentrierte er sich wieder auf seinen Beruf. Er wurde Landtagsberichterstatte der bayerischen Sozialdemokratie und arbeitete als freier Mitarbeiter für die Parteizeitung ‚Münchner Post‘. Dort war er verantwortlich für Kultur- und Theaterkritik.

Außerdem gab er eine Pressekorrespondenz unter dem Titel ‚Arbeiter-Fuilleton‘ heraus, deren Artikel zu Alltag und Zeitgeschichte von der sozialdemokratischen Presse – gerade auch von kleinen Blättern – reichsweit abgedruckt wurden. Das dadurch zusätzlich realisierte Einkommen war unverzichtbar für den Lebensunterhalt seiner großen Familie.

Er fühlte sich wohl in der bayerischen Metropole, die Künstler und Literaten aus aller Welt anzog. Und den realpolitischen Reformkurs der von Georg von Vollmar geführten bayerischen SPD empfand er als erholend und dogmatisch.



Kurt Eisner im Kreise seiner Familie

Kurt Eisner lebte mit seiner Lebensgefährtin Else Belli und den 1907 und 1909 geborenen Töchtern Freia und Ruth in Großhadern bei München. Die ehelichen Kinder Ilse und Hans Kurt waren mit ihrem Vater zusammen nach München gekommen und seine Frau war mit den anderen Geschwistern nach Berlin zurückgezogen.

Bundesarchiv Berlin, Y10\_P\_280\_213\_91

## Kriegsgegner und Pazifist

Kurt Eisner vertraute im Juli 1914 den Informationen, die die Mobilmachung des zaristischen Russlands kolportierten. Am 27. Juli warnte er auf einer Antikriegs-Veranstaltung in München: „Der Zarismus muss gebändigt werden durch die Einmütigkeit der Kulturvölker Europas, dann ist der Frieden für immer gesichert.“ Er befürwortete wie andere Vertreter der Sozialistischen Internationale vor 1914 den „nationalen Verteidigungskrieg zum Schutz des territorialen und völkerrechtlichen Status quo“ gegen Regierungen, die sich schiedsgerichtlichen Lösungen verweigerten.

Doch die Kriegspropaganda und der Hurra-Patriotismus bestürzten ihn. Er wurde misstrauisch, studierte Akten, und stieß auf ein der deutschen Öffentlichkeit unterschlagenes Telegramm von Zar Nikolaus II. an die Reichsregierung, in dem dieser eine Behandlung des österreichisch-serbischen Konflikts durch die Haager Friedenskonferenz vorschlug.

Eisner sah darin einen Beweis der Kriegsschuld Deutschlands. Er schloß sich der innerparteilichen Kriegsoption an und warb für eine Sozialdemokratie als Friedenspartei. Doch die Mehrheit der SPD-Reichstags- und Landtagsabgeordneten stand hinter der Bewilligung der Kriegskredite.

„Was aber hat die deutsche Sozialdemokratie mit dem preußischen Militarismus gemein, den sie seit 40 Jahren bekämpft und der sich am 4. August nicht durch ein plötzliches Verwandlungswunder von Grund aus gewandelt, sondern vielmehr sein furchtbares Gesicht gezeigt hat? Welchen Grund haben wir, die Politik einer Regierung zu verteidigen, das Weltabenteuer herrschender Klassen, die bis zum August 1914 die Sozialdemokraten als minderen Rechts behandelten?“



„Die 18jährigen“, von Felix Fechenbach gegründete Gruppe der Arbeiterjugend in München, 1. Mai 1914

In der ersten Reihe, Viertel von rechts sitzend, Felix Fechenbach, später Sekretär des ersten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, Archiv der Münchner Arbeiterbewegung

## Begründer der Münchner USPD

Die Münchner SPD-Jugend, darunter viele verwundete Kriegsheimkehrer, rebellierte gegen die Bevormundung durch die Mutter-Partei und forderte sofortige und bedingungslose Friedensverhandlungen. Kurt Eisner stellte sich als Mentor und Integrationsfigur an ihre Seite. Schon 1915 hatte die Jugend-Sektion Kurt Eisner als Redner eingeladen und ab Januar 1917 fanden jeden Montag Diskussionsabende mit ihm statt. Zwischen 50 und 100 junge Frauen und Männer aus der Arbeiterschaft, Angestellte und eine kleine Zahl Intellektueller kamen regelmäßig. Rege Debatten über Fragen zu Krieg und Sozialismus wurden erörtert: „Der politische Sinn wurde geschärft“, so Felix Fechenbach, der eine engagierte Rolle bei den ‚Achtzehnern‘ einnahm und bis zu dessen Tod an Eisners Seite stand.

Auf dem Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokraten 1917 hatte Eisner noch versucht, die Spaltung der Partei zu verhindern und appellierte, den Kriegskurs zu verlassen – ohne Erfolg. Am 1. Mai 1917 schrieb er an die Münchner Wahlkreiskonferenz:

„Aber auch ohne die Sprengungs- und Gewaltmaßnahmen der Parteivorstandssozialisten wäre es heute für jeden denkenden deutschen Sozialdemokraten Pflicht, um der Sozialdemokratie willen die organisatorischen Beziehungen zu einer Partei zu lösen, an der nichts mehr sozialdemokratisch ist als der Name. Die sogenannte Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie unterstützt wissentlich oder unwissentlich das noch herrschende System, verhindert damit den Frieden und hilft, das deutsche Volk in den Abgrund zu treiben.“

Die Arbeiterjugend folgte Eisner.



Mitgliedsbuch des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins, Nr. 1, München Stadt u. Land, Eisner Kurt, Schriftsteller

Bundesarchiv Berlin, Bestand NY4060



Plakat der USPD zur Wahl der deutschen Nationalversammlung zum 19. Januar 1919

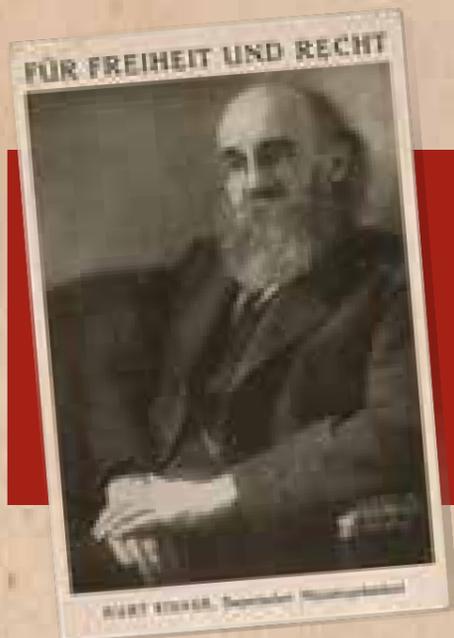
Farblithografie, Münchner Stadtmuseum, Sammlung Graphik, Plakat, Gemälde

In den bayerischen Landtagswahlen am 12. Januar 1919 erhielten die Unabhängigen Sozialdemokraten lediglich 78.000 (2,5%) Stimmen. Kurt Eisner und mit ihm zwei oberfränkische Abgeordnete wurden gewählt. Bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erhielt die USPD 7,6 % der Stimmen.



Friedenskundgebung der sozialistischen Parteien Münchens am Nachmittag des 7. November 1918 auf der Theresienwiese  
Franz Xaver Hartl, Bildpostkarte, Münchner Stadtmuseum, Sammlung Fotografie

## Der friedliche Umsturz



**Kurt Eisner**  
Den Bart hatte sich Eisner in der Untersuchungshaft wachsen lassen.  
Privatbesitz

Im Deutschen Kaiserreich herrschte Kriegsrecht. Die Oberste Heeresleitung unter Feldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff wollte einen „Siegfrieden“ an allen Fronten. Sie diktierten dem revolutionären Russland ihre Waffenstillstandsbedingungen, um an der Westfront in die Offensive zu gehen.

Doch die Bevölkerung war kriegsmüde und hungerte. Revolutionäre Obleute aus den Rüstungsbetrieben forderten von der USPD-Reichstagsfraktion die Ausrufung eines Massenstreiks, um einen Verständigungsfrieden zu erzwingen.

Der Januarstreik der Münchner Munitionsarbeiter und -arbeiterinnen 1918 war für Kurt Eisner der Auftakt zum Versuch einer proletarischen Revolution. Tagelang hatte er in Betriebsversammlungen für die Aktion geworben. In der Nacht vor dem Ausstand wurde er mit anderen aus der Streikorganisation verhaftet und als Rädelführer des Hochverrats angeklagt. „Das waren die schönsten Tage meines Daseins, die Tage der Erhebung, des Kampfes. Ich sah wieder Menschenseelen“, schrieb er in sein „Gefängnistagebuch“.

Nach seiner Haftentlassung Mitte Oktober stellte er sich und seine Partei sofort wieder in den Dienst der Revolution.

Am 7. November 1918, nach einer gemeinsamen Friedenskundgebung von USPD, MSPD und den Gewerkschaften auf der Münchner Theresienwiese, rief Eisner die Abertausenden zum Handeln auf. Ganz im Sinne seiner Idee eines „Sozialismus als Aktion“ setzten die für einen Neuanfang demonstrierenden Massen an der Seite von Kurt Eisner friedlich die Novemberrevolution in die Tat um. Bayern wurde Freistaat.



Ministerpräsident Kurt Eisner auf der Fahrt zur Reichskanzlei in Berlin, 25. November 1918  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

## Die Regierung Eisner

Am 8. November 1918 wurde in Bayern die Republik ausgerufen. Kurt Eisner war zum ersten Ministerpräsidenten bestimmt worden:

*„Um nach jahrelanger Vernichtung aufzubauen, hat das Volk die Macht der Civil- und Militärbehörden gestürzt und die Regierung selbst in die Hand genommen. Die Bayerische Regierung wird hierdurch proklamiert.*

*Die oberste Behörde ist der von der Bevölkerung gewählte Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat, der provisorisch eingesetzt ist, bis eine endgültige Volksvertretung geschaffen werden wird. Er hat gesetzgeberische Gewalt.*“

Der im Landtagsgebäude einberufene Provisorische Nationalrat bestätigte das von Ministerpräsident Eisner vorgestellte Koalitionskabinett aus Unabhängigen Sozialdemokraten, Mehrheitssozialdemokraten und Parteifreien. Die drängendsten Regierungsaufgaben waren die Demobilisierung, die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft, die Lebensmittelversorgung, das Arbeitslosenproblem und die Demokratisierung des Gemeinwesens.

Eisner wollte eine Kombination aus parlamentarischen und rätesozialistischen Elementen in der Verfassung für einen demokratischen Zukunftsstaat festschreiben, doch dies stieß sowohl im sozialdemokratischen als auch im bürgerlichen Lager mehrheitlich auf Ablehnung. Man sah sich als Verfechter eines bürgerlichen Parlamentarismus - ganz im Sinne von Friedrich Ebert, Vorsitzender der Mehrheitssozialisten und des Rates der Volksbeauftragten in Berlin.

So drängte auch Erhard Auer, MSPD-Vorsitzender und Innenminister unter Eisner, auf baldige Wahlen. Kurt Eisner wollte eine erneute Spaltung der bayerischen Arbeiterbewegung vermeiden und gab nach.



Plakat der MSPD zur Wahl der deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919

Farblithografie, Münchner Stadtmuseum, Sammlung Graphik, Plakat, Gemälde

Nach der Novemberrevolution stellte eine Koalition aus MSPD und USPD in Berlin den Rat der Volksbeauftragten, der als Übergangsorgan Regierungsgewalt ausübte. Die MSPD wurde bei der Wahl zur Nationalversammlung mit 37,9 % stärkste Kraft in der so genannten Weimarer Koalition und in Bayern mit 33% zweitstärkste Kraft hinter der BVP.



Plakat der Bayerischen Volkspartei (BVP) vor den ersten Wahlen zum Bayerischen Landtag am 12. Januar 1919

Farblithografie, Münchner Stadtmuseum, Sammlung Graphik, Plakat, Gemälde

1918 in Regensburg als Abspaltung von der Deutschen Zentrumspartei entstanden, war die Bayerische Volkspartei (BVP) von 1919 bis 1933 stärkste Partei in Bayern und an allen Landesregierungen beteiligt. 1919 erhielt sie 35 %.



Ministerpräsident Kurt Eisner mit Gattin und Minister Hans Unterleitner auf dem Weg zur Rücktrittserklärung, 21.2.1919

Bildpostkarte, Münchner Stadtmuseum, Sammlung Fotografie

## Das Attentat auf Kurt Eisner

Nach der verlorenen Landtagswahl konnte Kurt Eisner nur noch Bilanz ziehen. Seine Regierung hatte langjährige Forderungen der Sozialdemokratie umgesetzt: Die Einführung des Achtstundentags, das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen, die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, sowie den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes und einer neuen Verfassung.

Für sein Bekenntnis zur deutschen Kriegsschuld, ohne das für den Außenpolitiker Eisner keine Aussöhnung, kein erträglicher Völkerfrieden zu erreichen war, ertete er Fehlinterpretationen und Unterstellungen und wurde Opfer antisemitischer Hetze, die sich bis hin zu Morddrohungen steigerte.

Als Eisner am Vormittag des 21. Februar gegen 10 Uhr vom Ministerium ins Landtagsgebäude ging, um dort seinen Rücktritt zu erklären, baten ihn seine Freunde, er möge nicht über die Straße, sondern durch den „Bayerischen Hof“ gehen. Eisner weigerte sich entschieden. Minister Unterleitner und ich wiesen nochmals auf die durch die Presse hervorgerufene Hass-Stimmung hin und auf die vielen Drohbriefe, die er in den letzten Tagen bekommen habe. Vergebens. Eisner bestand darauf, den gewohnten Weg über die Straße zum Landtag zu gehen: „Man kann einem Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschießen.“

Wir waren eifrig im Gespräch über die weitere politische Entwicklung. Plötzlich krachten hinter uns nacheinander zwei Schüsse, Eisner schwankt einen Augenblick, er will etwas sprechen, aber die Zunge versagt ihm. Dann bricht er lautlos zusammen. Im selben Augenblick, als die Schüsse krachten, hatte ich mich umgedreht, den Attentäter am Arm gefasst und zu Boden geschleudert.

Der Arzt stellte fest, dass die hinter dem Ohr aus allernächster Nähe in das Gehirn eingedrungenen Kugeln den sofortigen Tod Eisners herbeigeführt haben. Wie sich später ergab, hatte sich der Mörder, Graf Arco-Valley, vor der Absperrung in einem Haupteingang versteckt.“

Kurt Eisner mit Gattin und Sekretär Felix Fechenbach auf der Rätedemonstration am 16. Februar 1919 in München

Franz Hartl, Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Felix Fechenbach, *Der Revolutionär Kurt Eisner, Aus eigener Erinnerung, Berlin 1929*



**Aufstellung zum Trauerzug an der Theresienwiese, 26. Februar 1919**

Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

## Das Begräbnis

*„Da war ein Mann, der noch an Ideale glaubte - in Deutschland ist das tödlich.“*

Kurt Tucholsky, 1919

100.000 Menschen nahmen an den Bestattungsfeierlichkeiten teil. Kurt Eisners Begräbnis wurde zu einer außergewöhnlichen Trauerbekundung der Bevölkerung. Der „Zentralrat“ ordnete für ganz Bayern „Landestrauer“ an. Der Trauerzug bewegte sich von der Theresienwiese zum Ostfriedhof.

Neben den Delegationen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften nahmen an dem Marsch durch München der Chor des Nationaltheaters, Vertreter der Stadt, Abordnungen aller Münchner Regimenter und Vertreter der russischen Kriegsgefangenen teil. Zehntausende Münchnerinnen und Münchner säumten die Straßen der Innenstadt. Dem Sarg folgten viele, doch das politische Projekt von Kurt Eisner fortführen wollten weder die bürgerlichen Parteien noch die Mehrheit der bayerischen Sozialdemokratie, was ihr Vorsitzender Erhard Auer bereits unmittelbar nach Eisners Ermordung deutlich gemacht hatte.

Für die Nationalisten und Monarchisten blieb der Revolutionär ein Feindbild. Allein, dass er sein Ministerpräsidentengehalt gekürzt hatte, war vielen Besitzbürgern nicht geheuer gewesen. Für sie blieb er die Inkarnation der bolschewistischen Gefahr, die es zu bekämpfen galt bis über die Niederlage hinaus – mit dem Ziel, die „alten Verhältnisse“ wiederherzustellen. (Nach: Bernhard Grau, Historisches Lexikon Bayerns)

Höhepunkt bei den Feierlichkeiten am 26. Februar 1919 war die Gedächtnisrede Gustav Landauers, der vor allem Eisners ethischen Sozialismus würdigte.

*Kurt Eisner, der Jude, war ein Prophet, der unbarmherzig mit den kleinsten, erbärmlichen Menschen gerungen hat, weil er die Menschheit liebte und an sie glaubte und sie wollte.*

*Er war ein Prophet, weil er mit den Armen und Getretenen fühlte und die Möglichkeit, die Notwendigkeit schaute, der Not und Knechtung ein Ende zu machen.*



**Dr. Levien spricht für das Räteresystem am Oberwiesenfeld, 7. April 1919**

Max Levien war einer der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands und erster Parteivorsitzender der KPD in Bayern, Bildpostkarte, Münchner Stadtmuseum, Sammlung Fotografie

## Die zweite Revolution

### 21. Februar

Noch am Tag der Ermordung Eisners einigten sich Vertreter von MSPD, USPD, KPD, des Bayerischen Bauernbundes, der Vollzugsorgane der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und des Revolutionären Arbeiterrats auf einen Zentralrat der Bayerischen Republik.

### 25. Februar

Der Zentralrat berief einen Rätekongress ein, um über die politische Zukunft der bayerischen Republik abzustimmen. Die Mehrheit der Räte außerhalb Münchens – landesweit existierten über 7000 dieser Gremien – befürworteten eine parlamentarische Lösung.

### 28. Februar

Vor der Abstimmung zur Rätefrage wurden mehrere Delegierte aus dem Sitzungssaal verhaftet, mussten jedoch, um abstimmen zu können, wieder freigelassen werden. Erich Mühsams (KPD) Antrag auf Ausrufung einer Räterepublik wurde mit 234 zu 70 Stimmen abgelehnt.

### 8. März

MSPD, USPD und der Bauernbund legten dem Rätekongress einen gemeinsamen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags vor.

### 12. März

Die Münchner USPD mit ihrem Vorsitzenden Ernst Toller trennte sich von der Gesamtpartei. In einer Entschliebung bekannte sie sich zum Räteresystem, zur Diktatur des Proletariats und zur Zusammenarbeit mit der KPD.

### 17. März

Der Landtag wählte Johannes Hoffmann zum neuen Ministerpräsidenten. Der Mehrheitssozialdemokrat erhielt durch ein Ermächtigungsgesetz umfangreiche Vollmachten.

Mit großer Mehrheit wurde das von ihm eingebrachte „Gesetz über die Aufhebung des bayerischen Adels“ angenommen. Danach vertagte sich der Landtag wieder.



**Litfaßsäule mit der Proklamation der Ersten Räterepublik, 7. April 1919**

Heinrich Hoffmann, Stadtarchiv München

## Räterepublik

### 3. April

Ministerpräsident Johannes Hoffmann teilte mit, er werde den Landtag entgegen der Absprachen für den 8. April einberufen. Er fuhr dann auf den MSPD-Parteitag nach Nürnberg.

### 6. April

Zur Sicherung der Revolution proklamierten Vertreter von MSPD, USPD, Gewerkschaften und des Revolutionären Arbeiterrates die „Baierische Räterepublik“ (mit ‚i‘). In dieser „Dritten Revolution“ - in der „Räterepublik des Zentralrats“ oder „Erste(n) Räterepublik“ - hatten vor allem Schriftsteller wie Gustav Landauer, Erich Mühsam und Ernst Toller politische Verantwortung übernommen.

Viele Städte schlossen sich an: Rosenheim, Kempten, Lindau, Regensburg, Würzburg, Schweinfurt, Fürth, Hof und Aschaffenburg. Die Kommunisten mit Eugen Leviné und Max Levien an der Spitze lehnten die Mitarbeit ab: „Diese Räterepublik ist nicht das Werk eines zum Klassenbewusstsein erwachten Proletariats, sondern ein Verlegenheitsprodukt. Die revolutionäre Arbeiterschaft verlangt, dass die Rätediktatur sich auf Betriebsräten aufbaut.“ Aufgrund der Entwicklungen verlegte Ministerpräsident Johannes Hoffmann den Landtag nach Bamberg. Die Zahlungen der Reichsbank und die Lebensmittel- und Kohlelieferungen nach Bayern wurden eingestellt.

### 12. April

Reichspräsident Friedrich Ebert verlangte in einem Telegramm „baldigst die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern“.

### 13. April

In Absprache mit der Regierung besetzte die Republikanische Schutztruppe am Palmsonntag das Münchner Polizeipräsidium und verhaftete Zentralräte. Sofort wurde zu einer Großdemonstration aufgerufen. Erst als Schüsse fielen, entschloss sich die KPD-Führung zum „offenen, wenn auch aufgezwungenen Kampf der Arbeiterschaft.“ Noch während bewaffnete Arbeiter der Roten Armee am Hauptbahnhof die Putschisten in die Flucht schlugen, entschieden im Hofbräuhaus die Betriebs- und Soldatenräte, die Zweite Räterepublik auszurufen. Die Rote Armee war kurz nach Ausrufung der Münchner Räterepublik am 9. April 1919 vom Revolutionären Zentralrat aufgestellt worden.



**Gefangene Rotarmisten auf dem Max-Joseph-Platz, Anfang Mai 1919**

Heinrich Hoffmann, Bayerische Staatsbibliothek, München

## Die Niederschlagung

### 15. April

Als die Rote Armee unter dem Kommando von Rudolf Egelhofer den Vormarsch eines Freikorps vor München zurückschlug, forderte Ministerpräsident Hoffmann von Reichswehrminister Gustav Noske (MSPD) Unterstützung an: Ende April marschierten die preußische und württembergische Reichswehr und paramilitärische Freikorps mit 35.000 Mann Richtung München.

Hoffmann hatte ein Propagandaministerium einrichten lassen, um der Räterepublik die Basis in der Bevölkerung zu entziehen. Im Regierungsorgan „Freistaat“ wurden deren Anhänger als „ausländische Juden“, „land- und rassenfremde Elemente“ und „Terroristen“ diffamiert.

### 27. April

Die bayerische Regierung hatte das Standrecht verhängt und lehnte ein Verhandlungsangebot, die Waffen abzugeben, wenn der Vormarsch auf München gestoppt würde, ab.

### 1. Mai und danach

„Während der Kämpfe um die Stadt waren Erschießungen von Gefangenen und Morde an führenden Repräsentanten der Rätezeit an der Tagesordnung.

Die prominentesten Opfer waren der Oberkommandierende der „Roten Armee“, Rudolf Egelhofer, und der Schriftsteller Gustav Landauer. Aber auch ganze Gruppen fielen willkürlichen Erschießungen und Hinrichtungen zum Opfer, so unter anderem 52 gefangene russische Rotarmisten in Gräfelfing oder 12 Räteanhänger in Perlach. Derartige Exzesse setzten sich nach der Besetzung Münchens fort und betrafen selbst Unbeteiligte wie etwa 21 Mitglieder des katholischen Gesellenvereins.

Insgesamt schwanken die Zahlen der zwischen dem 30. April und 8. Mai Getöteten zwischen 557 und 1.200 Personen; quellenmäßig zu belegen sind etwa 650 Opfer. Ihnen standen nach amtlichen Angaben bei den Regierungstruppen gerade einmal 38 Gefallene gegenüber.

Die Federführung bei der sofort eingeleiteten Säuberungswelle lag dazu in den Händen einer im Polizeipräsidium gebildeten Politischen Abteilung unter dem späteren NS-Innenminister Wilhelm Frick und dem Reichswehrhauptmann Karl Mayr.“ (Weißer Terror 1919, Bruno Thoß, Historisches Lexikon Bayerns)

**Aschaffenburg**



**Der Schönborner Hof, heute Ort der Ausstellung sowie Sitz des Stadt- und Stiftsarchivs Aschaffenburg, diente im Ersten Weltkrieg als Lazarett.**  
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung



**Kreuzung „Scharfeck“ in Aschaffenburg, um 1910**  
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung

## Die Revolution erreicht Aschaffenburg

### 8. November 1918

Die Bevölkerung Aschaffenburgs erfährt aus der Presse vom Umsturz in der bayerischen Landeshauptstadt. Erste Demonstration zum Rathaus. Peter Pfarrer von der USPD hält eine Rede. Hier tagte gerade unter Leitung von Bürgermeister Dr. Wilhelm Matt der Wohlfahrtsausschuss, dessen Aufgabe es war, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten sowie eine ausreichende Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln zu garantieren. Zur Beruhigung der sich zahlreich versammelten Bürger versprach das Stadtoberhaupt vom Balkon des Rathauses, die genannten Zusagen einzuhalten. Auch die Führer der beiden sozialdemokratischen Parteien, Adam Eisenhauer (USPD) und Oswald Lauer (MSPD), garantierten die Einhaltung dieser Versprechen. Schon am nächsten Tag wurde erneut demonstriert. Diesmal zogen Arbeiter, Matrosen und Soldaten durch einige Straßen, vorbei am Rathaus. Auffällig war das Mitführen eines „auf roter Stange thronenden Plakates“ mit der Aufschrift „Hoch die Republik“.



**Aschaffener Zeitung, Titelseite, 9. November 1918**  
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Zeitungssammlung

### 9. November 1918

Demonstration durch die Straßen der Stadt. Konstituierung eines Arbeiter- und Soldatenrates; erster Vorsitzender wird Oswald Lauer. Sitzung des Rates im Rathaus mit Vertretern des Wohlfahrtsausschusses und Bürgermeister Dr. Wilhelm Matt.

### 10. November 1918

Es fanden mehrere Kundgebungen statt. Sowohl auf den Straßen, „die ein sehr bewegtes Bild zeigten“, als auch auf der Großmutterwiese feierte die Bevölkerung mit Ansprachen einiger Redner „die Errungenschaften der neuen Zeit und die Republik“ – so die örtlichen Zeitungen.



**Links: Jean Stock (USPD), 1893 – 1965, Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates sowie des provis. Nationalrates Bayerns. Mitte: Rudolf Hartig (USPD), 1893 – 1962, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Aschaffenburg 1919. Lehrer. Rechts: Dr. Wilhelm Matt (BVP), 1872 – 1936, Oberbürgermeister von Aschaffenburg von 1904 – 1933.**

Abbildungen: Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung, und Münchner Stadtmuseum (Rudolf Hartig), Collage aus Einzelbildern

**Rathaus Aschaffenburg (rechts, heute Sitzungssaal Rathaus), um 1920**

Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung

## „Alle Macht den Räten!“

Mit der Parole „Alle Macht den Räten“ bildeten sich ausgehend von der Kieler Meuterei der Matrosen ab dem 3. November 1918 in zahlreichen deutschen Städten und Ortschaften Arbeiter- und Soldatenräte, so auch in Aschaffenburg. Die Formierung der Arbeiter- und Soldatenräte lässt sich ohne die Existenz und die Anziehungskraft der Räte in der Russischen Revolution nicht erklären. Der organisatorischen Vielfalt und unterschiedlichen Legitimationsbasis entsprach jedoch die Uneinheitlichkeit der politischen Zielsetzung: Verstaatlichung der Produktionsmittel, Demokratisierung, Kontrolle der Verwaltung, Lebensmittelversorgung, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Bildung einer sozialistischen Republik.

Um diese Ziele durchzusetzen, arbeitete auch der Aschaffener Arbeiter- und Soldatenrat. Die dafür tätigen Zivilisten und Soldaten konnten jedoch nur dann ihre Vorstellungen umsetzen, wenn auch überregional eine funktionierende, vom Volk mitgetragene Organisation und Ideologie den Vorgaben entsprachen, was letztlich nicht der Fall war. Abgesehen von den fehlenden Möglichkeiten zur Lösung der Probleme eines modernen Industriestaates, war das Scheitern der Arbeiter- und Soldatenräte vor allem auf die antirevolutionäre Grundhaltung der kriegsmüden deutschen Bevölkerung und der SPD, die sich damit auch eines Mittels zur demokratischen Kontrolle der Verwaltung begab, zurückzuführen. So sollte es den Repräsentanten der alten monarchistischen Ordnung gelingen, die Arbeiter- und Soldatenräte der Öffentlichkeit als Quelle permanenter Unruhe hinzustellen. Sie wurden als Symbol einer Staatsordnung bolschewistischer Prägung disqualifiziert – eine Fehleinschätzung, der auch die historische Forschung erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine angemessene Beurteilung entgegen wirkte.

### Der Aschaffener Arbeiter- und Soldatenrat

**Arbeiterrat/Zivilisten:** a) Mehrheitssozialdemokratische Partei (MSPD): Oswald Lauer, Küfer, Arbeitersekretär / Abraham Hamburger, Privatier / Ernst Schmitt, Werkzeugschlosser / Karl Fuhrmann, Gewerkschaftssekretär / Rupert Kraus, Bierbrauer / Ernst Dyroff, Former / Georg Höflich, Geschäftsführer / Leo Fingerhut, Schneider. b) Unabhängige Sozialdemokraten (USPD): Jean Stock, Geschäftsführer / Rudolf Hartig, Volksschullehrer / Stefan Eser, Kontrolleur / Peter Pfarrer, Schneidermeister. **Soldaten:** Feldwebel: Emil Ziehmer / Karl / Johann Manlik / Jäger: Ferdinand Brenner / Johann Mergel / Adalbert Stühler / Oberjäger: Karl Bittinger / Sergeant: Hans Schmitt / Wilhelm Fernheimer / Karl Bopp / Infantrist: Alois Knapp / Gefreiter: Alois Keßler.

## Ruhe & Ordnung!

### Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrates in Aschaffenburg

Eine Garantie von Ruhe und Ordnung musste gegeben sein, damit das öffentliche Leben „unter der Gewalt des ASR (Arbeiter- und Soldatenrat) gewährleistet wird“, so der Vorsitzende Oswald Lauer am 9. November 1918 in einem Gespräch mit Bürgermeister Dr. Wilhelm Matt im Sitzungssaal des Rathauses. „Es denke niemand daran, irgendeinen Beamten vom höchsten bis zum kleinsten zu entfernen. Auch die Polizei solle den Sicherheitsdienst weiter versehen“. Das Stadtoberhaupt erklärte dazu, „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie zur Fortführung einer geordneten städtischen Verwaltung überhaupt, die Weiterfunktion des Magistrats [...] zur Verfügung“ zu stellen. Die Polizeidienststellen erhielten daraufhin die Order, „sich jeder hindernden Handlung gegenüber der Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrates zu enthalten. Das Weitertragen ihrer Waffen wurde zum persönlichen Schutze und Erledigung der kriminellen Aufgaben ausdrücklich gestattet“. Ferner rief im Namen des Soldatenrates Ferdinand Brenner die in der Stadt stationierten Soldaten auf, Loyalität gegenüber der neuen Führung zu wahren, die letztlich auch eingehalten wurde.

### Ziele

- Normalität für die kriegsgeschädigte Bevölkerung
- Kommissionen sollen die Lebensmittelversorgung, die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Witwenversorgung garantieren
- Bekämpfung der Wohnungsnot
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Fortsetzung der Rationierung von Lebensmitteln durch das städtische Lebensmittelamt
- Kampf gegen Plünderungen und Schwarzhandel von lebenswichtigen Gütern



**Maschinengewehrtrupp Bayerische Jäger**  
Haus der Bayerischen Geschichte



Verlagsgebäude des ‚Beobachters am Main‘ in der Pfaffengasse  
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung

## Proteste gegen die Presse

Die Presse war kein Freund des Räterates und des Arbeiter- und Soldatenrates. Im Gegenteil: Ihre Berichterstattung, vor allem die des ‚Beobachter am Main‘, war für den Arbeiter- und Soldatenrat kontraproduktiv, musste er sich doch gegen die für ihn völlig unberechtigte Kritik an der Revolution und an der Regierung wehren. Dies erfolgte öffentlich mit einem Beitrag von Jean Stock bereits Anfang Dezember 1918, der sich zu Unwahrheiten, Beleidigungen und Verleumdungen, besonders gegen die Soldaten in der Jägerkaserne, äußerte.

Auch in der Folgezeit änderte der ‚Beobachter am Main‘ sein Vokabular gegenüber dem Arbeiter- und Soldatenrat nicht, im Gegenteil: Nach den katastrophalen Wahlergebnissen für die USPD und damit auch für den Aschaffener Rat zog er „die Errungenschaften und Träger der Revolution [...] in den Schmutz.“

Daraufhin musste der Arbeiter- und Soldatenrat reagieren, und zwar nicht nur verbal, sondern auch öffentlich. Nach Diskussionen und Beratungen mit den Arbeiterausschüssen einigte man sich auf eine spektakuläre Aktion: Eine Protestaktion vor dem Verlagsgebäude des ‚Beobachter am Main‘ in der Pfaffengasse 11 mit dem Ziel der künftigen Unterlassung einer einseitigen parteilichen Berichterstattung.

### 7. Februar 1919

Vor der Jägerkaserne versammelten sich rund 2 500 Demonstranten und marschierten zum Karlsplatz vor den ‚Beobachter am Main‘. Vor inzwischen 3 500 Demonstranten forderte Rudolf Hartig die Einhaltung der Abmachungen zwischen Chefredakteur Max Röder und dem Arbeiter- und Soldatenrat zur ausgewogenen Berichterstattung.

### 19. Februar 1919

Eine Woche später, am 19. Februar 1919, folgte eine weitere große Kundgebung. Man zog erneut vor das Gebäude des ‚Beobachter am Main‘ und erinnerte Chefredakteur Max Röder an seine Zusage vom 7. Februar 1919, eine gerechte Berichterstattung einzuhalten, was er jedoch trotz seines früheren Versprechens nicht immer getan habe. Der Arbeiter- und Soldatenrat wiederholte ferner die Aufforderung, bei Streitfällen die gebildete Kommission zur Regelung von Streitfällen anzurufen.



Herstattstraße / Scharfeck, Sammlung Stadelmann, 1920er Jahre  
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung

## Wahlen

### Wahlen zur Nationalversammlung und zum bayerischen Landtag

#### 12. und 19. Januar 1919

Die Wahlergebnisse zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 für den Wahlkreis Aschaffenburg zeigten dieses Ergebnis: Trotz einer relativ schwachen Wahlbeteiligung wahrten die großen Parteien ihre „Besitzstände“. Zulegen konnte die Mittelpartei (MP), deren Stimmenanteil von 49 auf 212 anstieg. Günstig schnitt die Deutsche Demokratische Partei (DDP) ab. Sie erhöhte ihren Stimmenanteil um rund 200 Stimmen. Die Bayerische Volkspartei (BVP) konnte ihre Mehrheit behaupten. Zweitstärkste Partei wurden die Mehrheitssozialisten (MSPD); die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) spielten, wie auch bei der vorangegangenen Landtagswahl am 12. Januar, kaum eine Rolle.

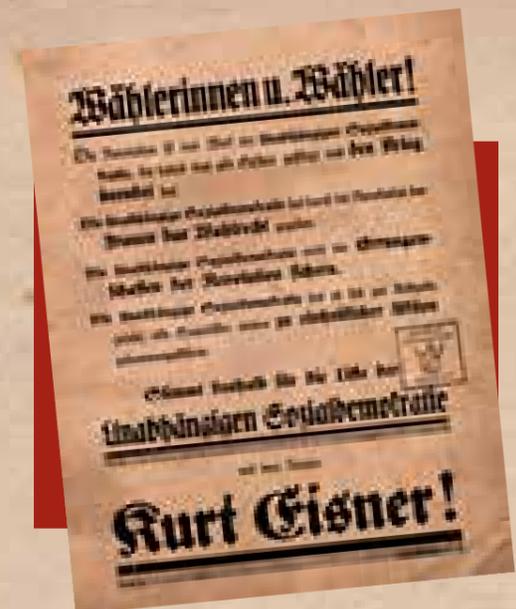
Wahlergebnisse in Aschaffenburg

MSPD	USPD	DDP	BVP	MP
5102	649	2904	6385	212

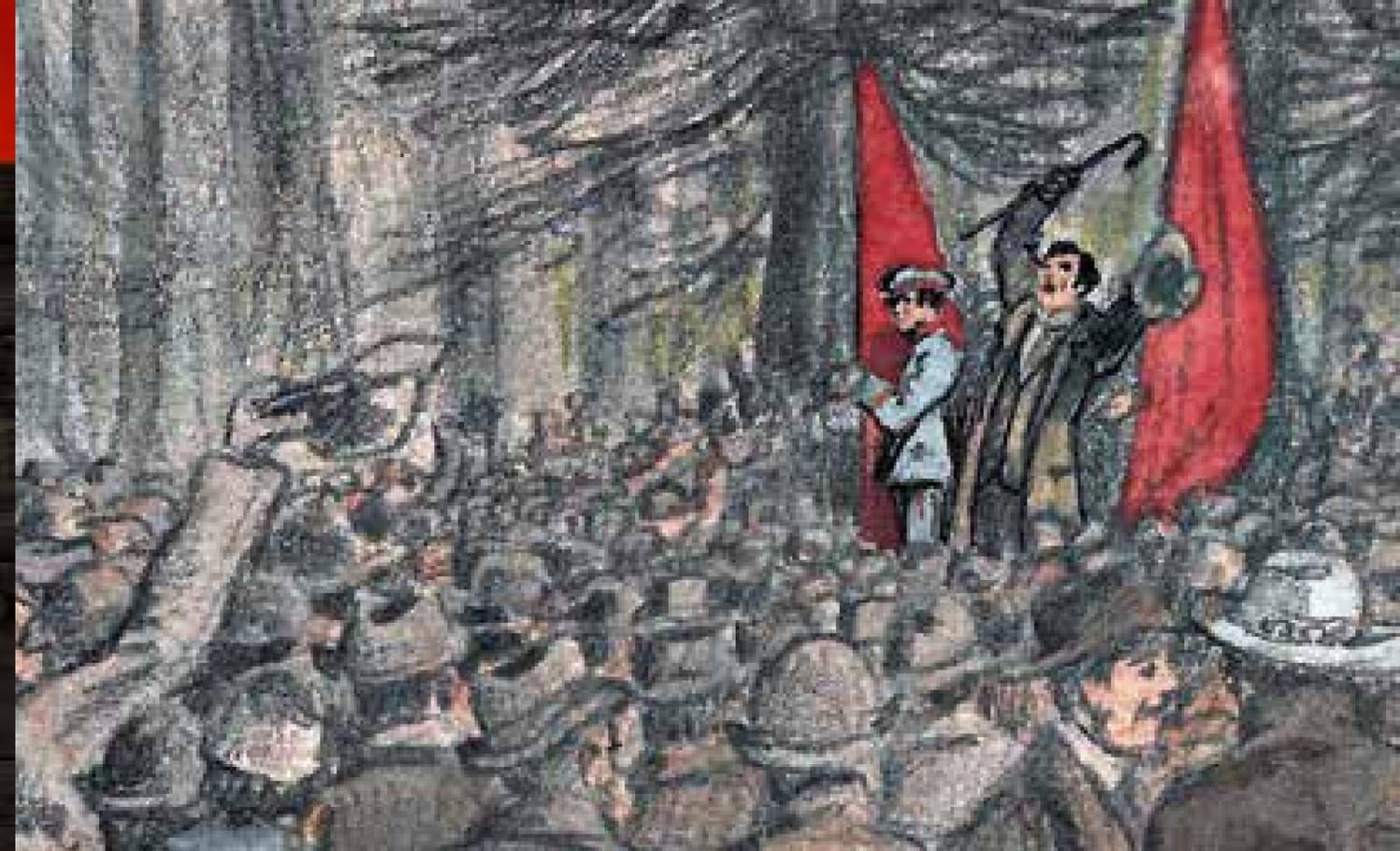
Die Ergebnisse beider Wahlen belegen, dass die MSPD (auch in Aschaffenburg) eine relativ breite Basis hatte. Die USPD als einzige Antikriegspartei des Weltkriegs wiederum fand weniger Anklang. Die Mehrheit blieb den konservativen Kräften sowie dem bürgerlich-liberalen Lager. Nach dem gewaltsamen Ende der Räterepublik entwickelte sich aus dem rechtskonservativen Spektrum heraus das Konzept der „Ordnungszelle Bayern“. Der 1918 geschaffene demokratische Freistaat wurde zwischen 1920 und 1923/24 zum Sammelbecken völkischer und nationalistischer Extremisten.

#### 10. Februar 1919

Als Reaktion auf das niederschmetternde Wahlergebnis für die USPD bringt Jean Stock nachstehende Resolution vor dem im Justizgebäude (Erthalstraße 2) tagenden Arbeiter- und Soldatenrat ein: „Der ASR spricht der Nationalversammlung jegliche Kompetenz ab, die A. und S. Räte aufzulösen oder in ihrer Machtposition zu schmälern [...]“



Wahlplakat 1919  
Haus der Bayerischen Geschichte



**Zensur: Aschaffenburg Zeitung, Titelseite, 28. Februar 1919**  
 Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Zeitungssammlung

**Wendelin Großmann (1894-1969), „Auf der Großmutterwiese am 7. April 1919“, Bildausschnitt**  
 Privatbesitz, Peter Körner (Johannesberg)

## Attentat auf Eisner



**Museumskonservator Jean Friedrich (links) und Stiftspfarrer Ignaz Hergenröther (rechts), der sich weigerte, die Stiftsglocken für Kurt Eisner zu läuten**

Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung

### Reaktionen in Aschaffenburg

In Aschaffenburg löste die Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar 1919 die Verhängung des Belagerungszustandes aus. Der Arbeiter- und Soldatenrat übernahm zwei Tage darauf alle Gewalten, bildete zur Kontrolle dafür einen revolutionären Aktionsausschuss, verhängte die Vorzensur über die Presse und veranstaltete etliche Protestkundgebungen.

Nach der Ermordung verkündete der Arbeiter- und Soldatenrat: „Es kämpfen gegen uns Geld, Presse, Kanzel und Beichtstuhl und alle Stützen früherer Gewalthaber, um uns die Früchte der Revolution [. . .] aus der Hand zu winden. Wir werden dem Kampf nicht aus dem Wege gehen, wenn es sein muss. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird seine Pflicht tun“.

### Der verschwundene Schlüssel zum Glockenturm

Der am 21. Februar 1919 ermordete bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner wurde am 26. Februar beigesetzt. Dazu hatte der Zentralrat von Bayern eine schwarz-rote Beflaggung auf halbmast angeordnet. Auch die Aschaffenburg Behörden hingen Stadtflaggen und rote Fahnen an ihre Amtsgebäude. Privathäuser machten keinen Gebrauch davon, in Geschäften und Betrieben ruhte die Arbeit. Kirchenglocken, auch die der Stiftskirche, sollten zwischen 10.00 Uhr und 11.30 Uhr läuten, blieben aber stumm.

Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates versuchten daraufhin, gewaltsam das Geläut der Stiftskirche in Gang zu setzen. Aber der Hausherr, Stiftspfarrer Ignaz Hergenröther, verwehrte ihnen den Zutritt zur Kirche: „Gebraucht, was ihr wollt! In meiner Kirche wird nicht geläutet. Ihr könnt über meine Leiche schreiten, aber die Kirchenschlüssel findet ihr nicht und zum Läuten kommt ihr nicht“. Der passionierte Imker Hergenröther hatte die Schlüssel zum Glockenturm in seinem Bienenhäuschen versteckt. Angehörige des 2. Jägerbataillons überwachten nun den Kircheneingang und verhinderten das Läuten. Daraufhin gaben die Revolutionäre auf.

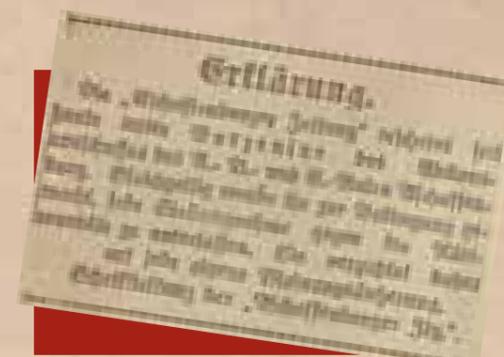
## Räterepublik in Aschaffenburg

Bei einer Kundgebung auf der Großmutterwiese am 6. April 1919 plädierten die aus München angereisten Georg Kandlbinder (MSPD), Fritz Sauber und August Hagemeister (beide USPD) sowie der Aschaffenburg Jean Stock für die Ausrufung der Räterepublik in Aschaffenburg. Die endgültige Entscheidung fiel zwei Tage später am 8. April 1919.

Georg Kandlbinder über diese Tage in Aschaffenburg: Die Räterepublik wird ausgerufen, das „gesamte Proletariat, die unabhängige und die mehrheitssozialistische Partei, hat sich im Kampf gegen das großkapitalistische Unterdrückertum geeinigt und [nun] dürfen selbst die schönsten Lockrufe von Seiten unserer Gegner an der geschlossenen Phalanx dieser Proletariermassen abprallen“. Rudolf Hartig war es, der am 8. April an den Zentralrat in München (Wittelsbacher Palais) nachstehenden Funkspruch schickte: „Räterepublik in Aschaffenburg ausgerufen. Bürgerl. Parteien z. Streik voraussichtlich wenig zur Wirkung gelangen. Soz. Parteien beide (MSPD und USPD) auf dem Boden der Räteregierung, erwarten baldige Verordnungen auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Revolutionäre Grüße – Arbeiter- und Soldatenrat Aschaffenburg, gez. Hartig“.

Nach der Ausrufung der Räterepublik entschloss sich der sofort innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrats aufgestellte Revolutionäre Aktionsausschuss (RAA), gebildet aus Arbeitern und Soldaten, „die Exekutive in die Hand“ zu nehmen. Da auch das Militär der Jägerkaserne den Anordnungen der Aschaffenburg Räterepublik folgte, konnten Gegenmaßnahmen verhindert werden, zumal die Soldaten „jede reaktionäre Handlungsweise [. . .] mit Waffengewalt“ verhindern würden.

Eine der ersten Aktionen des Revolutionären Aktionsausschusses war die Besetzung und Kontrolle des ‚Beobachter am Main‘ noch am gleichen Tag.



**Aschaffenburg Zeitung, 9. April 1919**  
 Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Zeitungssammlung



**Jägerkaserne Aschaffenburg, Würzburger Straße, 1914**  
 Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung



**Führende Mitglieder der Räterepublik in der Festungshaftanstalt Niederschönenfeld bei Ansbach, 1920.**  
 V.l.n.r. Markus Reichert, August Hagemeister, Valentin Hartig (stehend), Toni Waibel, Erich Mühsam, Rudolf Hartig, Josef Renner und Wilhelm Olschewsky (sitzend), Stadtmuseum München

# Die Räte müssen weichen

## Fünf Tage Räterepublik in Aschaffenburg

Als sich bereits am 9. April das Jägerbataillon gegen die Räterepublik erklärte, verlor der Revolutionäre Aktionsausschuss die Stützen seiner Macht.

Nachdem das Armeekorps in Würzburg die sofortige Auflösung des revolutionären Aktionsausschusses und die Wiedereinsetzung der staatlichen und gemeindlichen Behörden sowie die „Auslieferung der Rädelsführer“ verlangt hatte, war das Ende der Aschaffenburg Räteherrschaft gekommen, ohne Kampf und Blutvergießen.

Das Ende der Räterepublik in Aschaffenburg war dann auch besiegelt, als die Vertreter des Revolutionären Aktionsausschusses vom Generalkommando am 11. April nach Würzburg gerufen wurden und sich der Gewaltandrohung beugten.

**Aschaffener Zeitung, 12. April 1919**  
 Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Zeitungssammlung

Am gleichen Tag erklärten Rudolf Hartig, Stefan Eser und Jean Stock die Auflösung des Revolutionären Aktionsausschusses. Und so konnte der Aschaffener Bürger am 12. April das Protokoll des Generalkommandos Würzburg in der Zeitung lesen:

„Die Herren vom Aktionsausschuß Aschaffenburg erklären, daß derselbe aufgelöst ist und daß der Arbeiterrat im Sinne des jetzigen sozialistischen Ministeriums weiterarbeiten wird [. . .]. Der Oberbürgermeister stellt hierauf ohne Widerspruch fest, daß hiernach die Presse- und Plakatzensur entfällt, den Behörden und Banken nicht angesonnen wird, ergangene oder noch ergehende Anordnungen des Aktionsausschusses zu vollziehen [. . .]. Der Arbeiterrat funktioniert in der von der alten Regierung geschaffenen Funktion weiter“.

# Festungshaft in Aschaffenburg

## Erschießungen und Morde in München

Am 8. April war in Würzburg die Räterepublik militärisch niedergeschlagen worden. Am 11. April wichen die Revolutionäre in Aschaffenburg und Schweinfurt dem Militär.

In München war der Kampf am 2. Mai zu Ende. Standrechtliche Erschießungen und zahlreiche Morde prägten in München und dessen Umland das Ende der Räterepublik und der Revolution.

Am 13. Mai 1919 wurden die führenden Männer der Aschaffener Räterepublik verhaftet und bis zum Beginn des Prozesses im Gefängnis (Betgasse 3) inhaftiert.

Bereits zwei Wochen später, am 26. Mai, wurde der Prozess gegen die vier Hauptangeklagten eröffnet. Rudolf Hartig, Jean Stock, Stefan Eser und Peter Pfarrer wurden „wegen Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat“ angeklagt.

Im Mai verkündete das Landgericht Aschaffenburg das Urteil: Rudolf Hartig wird zu zwei Jahren, Jean Stock zu einem Jahr und sechs Monaten, Stefan Eser und Peter Pfarrer zu je einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, „daß das Gericht zur Bejahung der Schuldfrage deshalb gekommen sei, weil es als erwiesen erachtet, daß die Verfassung des Bundesstaates gewaltsam geändert werden sollte, wozu die Angeklagten Beihilfe geleistet haben.“ Jean Stock, der seine Haft aus gesundheitlichen Gründen nicht antreten musste, erreichte später die Erlassung seiner Strafe; Stefan Eser und Peter Pfarrer wurden am 13. März 1920 wegen guter Führung aus der Festung Passau vorzeitig entlassen. Nur Rudolf Hartig scheiterte mit seinem Antrag auf Strafverkürzung, weil der Aschaffener Stadtrat am 6. April 1920 einen Antrag auf Haftentlassung mit 17 gegen 14 Stimmen ablehnte, was ihm die Rückkehr in den Schuldienst unmöglich machte.



**Holzchnitt von Fritz Schaefer, 'Süddeutsche Freiheit', 6. Januar 1919**  
 Stadtmuseum München

Aschaffenburg

Schweinfurt

Würzburg



Demonstration in München, Januar 1919

Haus der Bayerischen Geschichte

## Revolution in Aschaffenburg

### 8. November 1918

Die Bevölkerung Aschaffenburgs erfährt aus der Presse vom Umsturz in der bayerischen Landeshauptstadt. Erste Demonstration. Peter Pfarrer (USPD) spricht für die Republik. Einen Tag später konstituiert sich ein Arbeiter- und Soldatenrat. Gemeinsam mit Stadtmagistrat und Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Matt entsteht eine „Doppelregierung“.

### 19. Januar 1919

Die Wahlergebnisse zur Deutschen Nationalversammlung ähneln denen der Landtagswahl eine Woche zuvor, denn die BVP siegt klar vor der MSPD und der DDP; die USPD ist abgeschlagen (649 Stimmen).

### 7. Februar 1919

2 500 Demonstranten marschieren zum Karlsplatz vor den Beobachter am Main. Rudolf Hartig vom Arbeiter- und Soldatenrat fordert vor inzwischen 3 500 Demonstranten eine ausgewogene Berichterstattung.

### 23. Februar 1919

Der Arbeiter- und Soldatenrat verhängt den Belagerungszustand. Ein Revolutionärer Aktionsausschuss wird gebildet, dem Rudolf Hartig, Stefan Eser und Jean Stock angehören, und ein Sicherheitsausschuss unter Peter Pfarrer.

### 6. bis 9. April 1919

Großveranstaltungen auf der Großmutterwiese. Am 7. April wird die Räterepublik ausgerufen. Die Soldaten unterstellen sich zunächst dem Arbeiter- und Soldatenrat, die Redaktionen beider Zeitungen werden besetzt und eine Vorzensur verkündet. Am 9. April erklärt sich das Jägerbataillon gegen die Räterepublik.

### 11. April 1919

Auflösung des Revolutionären Aktionsausschusses aufgrund militärischen Drucks des Generalkommandos in Würzburg. Ende der Räteherrschaft in Aschaffenburg.

### 26. Mai 1919

Vor dem Standgericht des Landgerichts Aschaffenburg werden wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt: Rudolf Hartig zu zwei Jahren, Jean Stock zu einem Jahr und sechs Monaten, Stefan Eser und Peter Pfarrer zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft. Jean Stock muss die Haft aus gesundheitlichen Gründen nicht antreten.

### 20. August 1919

Der Aschaffener Arbeiter- und Soldatenrat verkündet seine Auflösung.



**Zimmerleute in Schweinfurt, 1919**  
Stadtarchiv Schweinfurt

## Revolution in Schweinfurt

### **8. November 1918**

Am Abend des 8. November konstituiert sich auch der Arbeiter- und Soldatenrat in Schweinfurt und wählt Fritz Soldmann (USPD) zu seinem Vorsitzenden.

Am 9. November marschieren Arbeiter und Soldaten zum Rathaus und hissen die rote Fahne unter Hochrufen. Die Einführung des Acht-Sturentages und von Mindestlöhnen, die Lohnzahlung für Streikende und Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates wird gefordert.

### **21. Februar 1919**

In Schweinfurt hält Fritz Soldmann nach Bekanntwerden der Ermordung Kurt Eisners um 14:00 Uhr am Marktplatz eine Gedenkrede. Die Arbeit in allen Großbetrieben wird niedergelegt. Am Tag danach werden die Post und das Telegrafenamnt durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt und in den folgenden Tagen zwischen 1 200 und 1 500 Waffen an die radikale Arbeiterschaft verteilt. Am 26. Februar nahmen viele tausend Menschen an einem Trauerzug zu Ehren Eisners teil.

### **7. April 1919**

In Schweinfurt geht ein Telegramm von Fritz Soldmann ein und bestätigt die Ausrufung der Räterepublik in München. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist noch unentschlossen. Trotzdem werden sämtliche Verwaltungsgebäude besetzt.

Noch am Abend desselben Tages findet eine Versammlung im „Saalbau“ statt, auf der die Anerkennung der Räterepublik beschlossen wird. Einen Tag später werden Flugblätter abgeworfen, die „die blutige Niederschlagung der Räterepublik in Würzburg“ vermelden. In Schweinfurt bewaffnen sich Arbeiter.

### **11. April 1919**

Der Arbeiter- und Soldatenrat beschließt unter dem Druck des Ultimatums des Generalkommandos „(...) die Stadt mit einem Hagel von Granaten zu überschütten“, die Regierung Hoffmann anzuerkennen. Da die Schweinfurter Arbeiter die Frist zur Abgabe von Waffen verstreichen lassen, wird die Stadt am 29. April von Regierungstruppen eingekreist und die Fabriken besetzt. Der Arbeiter- und Soldatenrat tritt noch an diesem Tag zurück.



**Toni Waibel ruft am 7. April 1919 am Würzburger Kiliansplatz die Räterepublik aus**  
Stadtarchiv Würzburg

## Revolution in Würzburg

### **9. November 1918**

In Würzburg demonstrieren auf dem Residenzplatz tausende Menschen. Fritz Endres (MSPD) fordert öffentlich die Einführung der Republik und verkündet den Anschluss an den neuen Freistaat Bayern. Ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat wird gebildet. Der Magistrat von Würzburg und die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg beugen sich den neuen Verhältnissen.

### **21. Februar 1919**

Nach Bekanntwerden der Ermordung Eisners besetzen sechs Soldaten mit Maschinengewehren das Rathaus und demonstrieren damit den Machtanspruch des Soldatenrates. Auch am folgenden Tag demonstrieren mehrere tausend Menschen, aufgerufen von MSPD, USPD und freien Gewerkschaften. Die Räteanhänger in Würzburg, die in der USPD und der KPD organisiert sind, gewinnen an Einfluss und gründen am 26. März 1919 den zwölfköpfigen Revolutionären Aktionsausschuss.

### **7. April 1919**

Anton Waibel ruft die Räterepublik aus. Überall in der Stadt sind die Abgesandten der Räte unterwegs. Aber auch ihre Gegner, Konservative, Liberale und innerhalb der MSPD formieren sich.

### **8. April 1919**

Am Dienstagabend läuft die Entwicklung in der Stadt auf eine militärische Konfrontation hinaus. Die zum Revolutionären Aktionsausschuss stehenden Kasernenräte beschließen, die Wachen in der Residenz und in der Festung zu verstärken.

### **9. April 1919**

In Würzburg werden durch bewaffnete Bürgerwehren, Studenten und regierungstreue Truppenteile die revolutionären Soldaten und Arbeiter nach Gefechten um die Residenz und am Bahnhof entwaffnet und gefangen genommen. Insgesamt sterben acht Menschen, sieben beim Sturm auf den Bahnhof und an der Residenz. Mehrere hundert Räteanhänger werden verhaftet. Ein Standgericht wird aber im Gegensatz zu München nicht eingerichtet.

Veranstalter

---

Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg  
Geschichts- und Kunstverein Aschaffenburg e.V.



Texte und Recherchen, Kuratierung

---

**Ingrid Scherf, München**

überregionale Hauptteile der Ausstellung

**Johannes Büttner, Aschaffenburg**

Ausstellungsteile & Objekte Aschaffenburg/Unterfranken

**Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg**

Koordination

---

**Dr. Joachim Kemper**

Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg

Lektorat

---

**Dr. Joachim Kemper, Ulrike Klotz M.A., Christian Mina, Mario Schwind**

Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg

Wissenschaftliche Beratung

---

**Prof. Dr. Frank Jacob**

Nord Universität, Bodø, Norwegen

Gestaltung und Layout

---

**eichfelder artworks**

Wir danken für die Bereitstellung von Bildmaterial bzw. Objekten

---

**Archiv der Münchner Arbeiterbewegung**

**Bayerisches Hauptstaatsarchiv**

**Bayerische Staatsbibliothek**

**Bundesarchiv**

**Familie Eisner / Freya Eisner**

**Friedrich Ebert-Stiftung (Archiv der sozialen Demokratie)**

**Haus der Bayerischen Geschichte**

**Library of Congress**

**Münchner Stadtmuseum**

**Museum der Stadt Rüsselsheim**

**Stadtarchiv München**

**Stadtarchiv Schweinfurt**

**Stadtarchiv Würzburg**

**Peter Körner (Johannesberg)**

Mit freundlicher Unterstützung von

---



Grundlage der Präsentation ist die 2017 im Münchner Stadtmuseum gezeigte Ausstellung  
„Revolutionär und Ministerpräsident - Kurt Eisner 1867-1919“.

STADT- UND STIFTSARCHIV ASCHAFFENBURG

[www.archiv-aschaffenburg.de](http://www.archiv-aschaffenburg.de)



